

Digitalisierung geht zu schleppend voran



Verwaltungsdigitalisierung

Schleppende Umsetzung

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kommt in weiten Teilen Deutschlands nur schleppend voran. Nach dem im Jahre 2017 beschlossenen Onlinezugangsgesetz (OZG) sollten 575 Verwaltungsleistungen bundesweit bis Ende 2022 digitalisiert und abrufbar sein.

2

Die Realität hat Ende der ersten Jahreshälfte 2023 aber ganz anders ausgesehen, zeigt der Länderüberblick von Dashboard Digitale Verwaltung. Vielmehr hinken alle Bundesländer nach den von Dashboard, einer Internetplattform des Bundesinnenministeriums, veröffentlichten Zahlen meilenweit hinter den gesetzlich verankerten Zielen her. Sogar das Bundesland, das mit 225 OZG-Leistungen die Nase vorn hat (Bayern), erreicht nicht einmal die Hälfte der im Gesetz vorgesehenen 575 Leistungen. Im Saarland können Bürgerinnen und Bürger derzeit nur 126 Verwaltungsschritte digital erledigen.

Thüringen und Sachsen nehmen im Länderranking immerhin den 4. und 5. Platz mit 183 und 176 digitalisierten Verwaltungsleistungen ein, auch Mecklenburg-Vorpommern bleibt mit dem 7. Platz im Ranking noch über dem Durchschnitt. Dagegen landete Sachsen-Anhalt mit nur 131 OZG-Leistungen auf dem vorletzten Platz.

■ Große Mehrheit für konsequente Digitalisierung

Nicht nur für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung ist dieses Ergebnis außerordentlich enttäuschend, auch Bürgerinnen und Bürger warten vergeblich auf die konsequente Digitalisierung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes. Das hat auch die im Juli veröffentlichte forsa-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst unterstrichen, mit der der dbb bund alljährlich Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger abfragt. Danach haben sich nicht weniger als 64 Prozent der Befragten in Ostdeutschland für eine weitgehende Verwaltungsdigitalisierung ausgesprochen. Im Westen war die Mehrheit mit 70 Prozent sogar noch deutlicher.

Auch wenn eine umfangreiche Digitalisierung nicht als „Allheilsbringer“ gesehen wird und laut Bürgerbefragung zwei Fünftel der Befragten nach wie vor großen Wert auf den persönlichen Kontakt mit den Be-

hördenmitarbeitern legen, versprechen sich die Menschen aber insbesondere durch mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet vor allem Verbesserungen beim Kontakt mit den Bürgerämtern. 70 Prozent sind dieser Ansicht. 64 Prozent erwarten eine bessere Abwicklung von Genehmigungsverfahren und auch in der Steuerverwaltung und bei den Arbeitsämtern gehen über 50 Prozent der Befragten von Digitalisierungsvorteilen, insbesondere durch Online-Angebote, aus.

■ dbb Chef übt deutliche Kritik

Die Bundesregierung verschläft die Digitalisierung der Verwaltung, kritisierte auch dbb Chef Ulrich Silberbach beim Zukunftskongress Staat & Verwaltung Ende August 2023 in Berlin die schleppende technologische Aufrüstung des öffentlichen Dienstes. Silberbach richtete dabei den Fokus insbesondere auf die demografische Entwicklung und den damit verbundenen Personal-mangel. Beides verlange eine

echte Digitalisierung der Verwaltung sowie einen konsequenten Bürokratieabbau. Der dbb Chef wörtlich: „In den nächsten zehn Jahren werden über 1,3 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Mindestens, denn bei dieser Zahl sind diejenigen noch nicht berücksichtigt, die aus anderen Gründen frühzeitig den Dienst quittieren. Dabei wird schon heute überall händeringend Personal gesucht. Niemand kann ehrlich sagen, wie die Aufgaben des Staates zukünftig noch erfüllt werden sollen.“

■ Ziel klar verfehlt

Alarm schlägt auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). „Ziel klar verfehlt“, heißt in einem Report zur Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland.

Als wichtigste Hindernisse auf dem Weg zum Erreichen der OZG-Ziele macht das IW dabei die zögerliche Entwicklung neuer Online-Leistungen und die schleppende Umsetzung bereits entwickelter Services aus. Auch seien einheitliche

Lösungen und Standards „für alle“ im Dickicht föderaler und kommunaler Selbstbestimmung versäumt worden. Nach Überzeugung des IW hätten diese grundlegenden Voraussetzungen eigentlich am Beginn der OZG-Umsetzung stehen müssen.

Als weitere Ursache für den Fehlschlag in der OZG-Umsetzung vermutet das Institut Versuche, komplizierte analoge Behördenvorgänge kurzerhand mit Online-Masken für den Nutzer zu versehen, statt die Digitalisierung zur grundlegenden Neukonzeption einer kundenorientierten digitalisierten Verwaltung zu nutzen. Plattformlösungen, die weitgehend automatisierte Abläufe und „intelligente“ Verfahren beinhalten, würden ein E-Government aus einem Guss mit Vereinfachungen und Einspa-

rungen auch in den Verwaltungen erlauben. Demgegenüber bleibe die Übertragung komplexer behördlicher Abläufe auf Online-Portale mit fehlenden Digitalösungen im Hintergrund nicht nur Stückwerk, sondern sei zudem verwaltungsseitig personalintensiv und wirke daher eher kostensteigernd.

■ Unteres Mittelfeld in der EU

Aufgrund dieser Tatsachen verwundert es denn auch nicht, dass Deutschland mit seiner Verwaltungsdigitalisierung im EU-Ranking lediglich auf einem nur durchschnittlichen 18. Platz landet. Zwar bedeutet das gegenüber 2020, als noch Platz 22 besetzt wurde, einen leichten Aufwärtstrend, von einem Aufbruch kann allerdings nicht die Rede sein

sein. Und eine Platzierung im unteren Mittelfeld der EU ist für Deutschland als führende Wirtschaftsation keinesfalls zufriedenstellend.

■ Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes

Das ist auch der Bundesregierung klar, die Ende Mai dieses Jahres im Kabinett einen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorgelegten Entwurf zur Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) begleitet von einem politischen Eckpunktepapier beschlossen hat. Erklärtes Ziel ist es, Leistungen und Prozesse „Ende-zu-Ende“ zu digitalisieren, das heißt in einem vollständig digitalen Prozess von der Beantragung über die Bearbeitung bis zur Erbringung der Leistung. Außerdem sollen die für den Gesamtprozess unerlässlichen

verbindlichen Standards und einheitlichen Schnittstellen in den Fokus gerückt werden. Auf Umsetzungsfrist für das OZG-Änderungsgesetz hat die Bundesregierung allerdings verzichtet, da diese als Aufschub dienen könnte. Die erste Lesung des Gesetzes im Bundestag hat am 20. September 2023 stattgefunden. ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleifufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391.5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstädter Straße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Ziel: 575 bundesweit online verfügbare Verwaltungsleistungen

1	Bayern	223(+17)
2	Hamburg	208(+12)
3	Hessen	205(+8)
4	Thüringen	183(+8)
5	Sachsen	176(+7)
6	Berlin	175(+6)
7	Mecklenburg-Vorpommern	171(+11)
8	Schleswig-Holstein	171(+10)
9	Rheinland-Pfalz	157(+7)
10	Baden-Württemberg	155(+8)
11	Nordrhein-Westfalen	154(+10)
12	Niedersachsen	153(+8)
13	Brandenburg	145(+4)
14	Bremen	144(+11)
15	Sachsen-Anhalt	131(+6)
16	Saarland	127(+5)

In Klammern: Veränderung gegenüber März 2023

Quelle: dashboard.ozg-umsetzung.de

inism.de

> OZG-Umsetzungsstand Ende Juni 2023

Einkommensrunde 2023 TV-L

Der Norden steht zusammen

Multiplikatoren aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein kamen am 20. September 2023 in Hamburg zusammen, um die Einkommensrunde 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einzuleiten.

Es ging um Rahmenbedingungen, Missstände und mögliche Forderungen. Unter der Leitung des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach diskutierten über hundert Teilnehmende, wie sich der dbb am besten in der kommenden Einkommensrunde aufstellen kann.

■ Status quo reicht nicht

Ulrich Silberbach hob einmal mehr die demografischen Herausforderungen für den öffentlichen Dienst hervor: „Unsere Beschäftigten leiden unter den Auswirkungen von Personalabbau und Überalterung: Immer mehr Fachkräfte gehen in den Ruhestand oder fallen aufgrund von Burn-out langfristig aus. Es gibt kaum ausgebildete Fachkräfte oder Auszubildende, um diese Lücken zu füllen. Mit einem ‚Weiter so‘ fahren wir den Karren vor die Wand. Es braucht jetzt grundlegende Veränderungen bei der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen.“

■ Öffentlicher Dienst kein Selbstläufer

Alle Teilnehmenden eint ein Interesse: ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst mit fairen Arbeitsbedingungen. Aber hier bleiben die Länder in ihrer Arbeitgeberrolle hinter ihren Pflichten zurück. dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer machte auf die geringe Wertschätzung des öffentlichen Dienstes aufmerksam: „Politik und Gesellschaft nehmen den öffentlichen Dienst



> Der dbb m-v und seine Mitgliedsgewerkschaften waren mit einer starken Delegation in Hamburg vertreten, wo man sich gemeinsam auf die anstehende Einkommensrunde einstimmt.

Dauerkrisenmodus, in dem wir uns seit drei Jahren befinden, zehrt extrem an den Kräften.“

■ Rückenwind aus dem Norden

Auch die Vorsitzenden der beteiligten Landesbünde, Olaf Wietschorke (Bremen), Thomas Treff (Hamburg), Dietmar Knecht (Mecklenburg-Vorpommern), Alexander Zimbehl (Niedersachsen) und Kai Tellkamp (Schleswig-Holstein), kritisierten die Haltung der Politik. Einen starken öffentlichen Dienst gebe es nicht umsonst. Die Ergebnisse der Konferenz werteten sie sehr positiv und gaben sich kämpferisch und optimistisch für die kommende Einkommensrunde. Der Weg werde nicht einfach, aber man werde gemeinsam mit den anderen Landesverbänden alles daransetzen,

konkurrenzfähige Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen auszuhandeln.

„Wir Nordlichter haben in den vergangenen Einkommensrunden stets unseren Zusammenhalt bewiesen, so soll es auch in der kommenden Tarifrunde sein“, sagte der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, am Rande der Regionalkonferenz. „Wichtig ist auch zu erwähnen, dass für den dbb Norden die Einkommensrunde erst dann beendet ist, wenn das Ergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Besoldung und Versorgung übertragen wurde. Hierzu haben sich auf Vorschlag des dbb m-v die Finanzminister und -senatoren am 8. September in Schwerin getroffen, um zumindest im Beamtenbereich einen größtmöglichen Gleichklang im Norden zu erreichen.“

Noch vor der Tarifrunde

Verfassungsgemäße Alimentation wird auf den Weg gebracht

Am 18. September 2023 hat die Landesregierung den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Rahmen einer verbundenen Verbands- und Ressortanhörung vorgelegt.

„Nach fast einjährigen Verhandlungen im sogenannten Besoldungsdialog zur Umsetzung der jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus Karlsruhe konnten wir uns mit dem Finanzministerium und in Teilen auch mit der Staatskanzlei auf den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf verständigen“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in Schwerin, „wir haben nun bis Ende Oktober Zeit, ihn in unseren Gremien zu beraten und zu bewerten. Dem dbb war es in den Gesprächen immer wichtig, die Besoldungsstruktur von der anstehenden Einkommensrunde zu entkoppeln, sodass jetzt zunächst versucht wird, eine verfassungsgemäße Alimentation und darüber hinaus attraktivitätssteigernde Regelungen zu ins-

tallieren, bevor die Tarifverhandlungen mit der TdL und die Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich in Angriff genommen werden.“

Wesentliche Inhalte des Besoldungsdialogs und damit auch des Gesetzentwurfs sind:

- > die jeweils ersten Erfahrungsstufen der A-Besoldung sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden um 3 Prozent erhöht, die jeweils zweiten Erfahrungsstufen um 2 Prozent, alle anderen Erfahrungsstufen steigen um 1 Prozent, mit dementsprechenden Auswirkungen auch auf die Versorgung,
- > die Prozentsätze der jährlichen Sonderzahlung werden auf 40 Prozent in A 1 bis A 9, 35 Prozent in A 10 bis A 12 und 30 Prozent ab A 13 er-

höht, das gilt auch für die Versorgung,

- > der Kinderzuschlag wird auf 175 Euro je Kind erhöht; A 4 zuzüglich 60 Euro, A 5 55 Euro und A 6 40 Euro,
- > es wird ein einheitlicher Betrag für das dritte und weitere Kinder geschaffen, die bisherige Regelung per Erlass entfällt,
- > der Sonderbetrag der Sonderzahlung wird von 25,56 Euro je Kind auf 300 Euro je Kind erhöht.

Die Regelungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

■ Für akzeptablen Tarifabschluss kämpfen

„Ob die Betroffenen noch in diesem Jahr einen Antrag auf amtsangemessene Alimentati-

on stellen sollen, wird Gegenstand der Beratungen in unseren Gremien sein. Im Übrigen hat die Landesregierung im zurückliegenden Besoldungsdialog immer wieder betont, dass sie sich dem Koalitionsvertrag verpflichtet fühlt, wonach künftige Tarifabschlüsse mit der TdL zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen übertragen werden sollen. Deshalb ist es für uns und unsere Mitglieder, egal ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, wichtig, in der anstehenden Tarifrunde mit Druck auf der Straße für einen akzeptablen Tarifabschluss zu kämpfen, der auch die anhaltend hohe Inflationsrate berücksichtigt“, so Knecht abschließend. ■

© martaposemuckel/Pixabay

dbb m-v fordert mehr Einheitlichkeit bei der Besoldung

Länder müssen sich zusammenraufen

Der dbb m-v hat den besoldungstechnischen Flickenteppich der Bundesrepublik kritisiert und mehr Einheitlichkeit bei der Bezahlung des Personals angemahnt.

Anlässlich der Finanzministerkonferenz der Nordländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 8. September erklärte der Vorsitzende des dbb m-v:

„Der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften haben stets kritisiert, dass die Föderalismusreform 2006 leider auch das Beamtenrecht betroffen hat. Besoldung und Versorgung der Beamten wa-

ren bis dahin einheitlich und gleich geregelt. Es war absehbar, dass mit der Übertragung der Besoldungskompetenz auf die Länder neben dem bereits bestehenden Wettbewerb des öffentlichen

Dienstes mit der Wirtschaft zusätzlich ein Wettbewerb der Ländern untereinander sowie mit dem Bund entstehen würde. Derzeit gibt es allein für die monetären Regelungsbereiche unsinniger-

weise 68 (!) Gesetze unterschiedlichen Inhalts.“

■ **Kannibalistischer Wettbewerbsföderalismus**

Ziel der Föderalismusreform war es unter anderem, eine bessere Mobilität der Beamten zwischen den Ländern, aber auch zum Bund zu schaffen.

Genau das Gegenteil ist eingetreten. Die Beamten und Dienstherren in den finanzstarken Ländern und beim Bund haben von der Reform profitiert, die finanzschwachen Länder schauen in die Röhre.

„Denn einerseits bevorzugen Bewerber bei der Einstellung den Bund oder ein finanzstar-

kes Bundesland, andererseits spielt das vorhandene Personal gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern immer häufiger mit dem Gedanken, zu einer besser bezahlenden Bundesbehörde zu wechseln, wie zum Beispiel zum Zoll, zur Bundeswehr oder zur Bundesagentur. Da angesichts der aktuellen politischen Konstellation eine

notwendige grundgesetzändernde Zweidrittelmehrheit aussichtslos erscheint, appelliere ich an die Finanzminister, sich zusammenzurufen und diesen kannibalistischen Wettbewerbsföderalismus zulasten der Beschäftigten und damit auch zulasten der Bevölkerung zu beenden“, forderte der dbb Landesvorsitzende. ■

Norddeutscher Lehrertag 2023

Unter dem Motto „Muss sich Schule nach Corona neu erfinden“ fand am 9. September 2023 in der Stadthalle Rostock der traditionelle „Norddeutsche Lehrertag“ als gemeinsame Veranstaltung der Nordverbände des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) und des Verbandes Bildungsmedien statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Olaf-Axel Burow mit einem Impulsvortrag. Es folgte eine Podiumsdiskussion mit dem Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern, Tom Michael Scheidung, dem Vorsitzenden des Verbandes Bildungsmedien, Dr. Ilas Körner-Wellershaus, der

VBE-Bundessprecherin und Sprecherin des Jungen VBE MV, Susann Meyer.

Im Anschluss konnten sich die teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer auf drei Zeitschienen ihr persönliches Programm zusammenstellen. In den Pausen bestand die Möglichkeit, die begleitende Bildungsmedienausstellung zu besuchen. ■



Gespräch mit Justizministerin Jacqueline Bernhardt

Aktuelle Probleme der Justizverwaltung des Landes standen im Mittelpunkt eines Gesprächs, das der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 22. August mit der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, Jacqueline Bernhardt, und Staatssekretär Friedrich Straetmanns im Justizministerium geführt hat.

Fachthemen hatten die Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v aus dem Justizbereich, nämlich Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG), Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Deutscher Anwaltsverein (DAAV) und Deutscher Gerichtsvollzieher Bund (DGVB), dem dbb Landesvorsitzenden in großer Zahl mit auf den Weg gegeben.

Unter anderem bereiten die ersten Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Attraktivität, Probleme bei der Umsetzung der elektronischen Zustellung im Gerichtsvollzieherbereich oder auch fehlende monetäre Anreize für Rechtspfleger und Anwälte Sorgen. Auch die Umsetzung der jüngsten BAG-Urteile in den Gerichten, die Eingruppierung der Justizwachtmeister und die allgemeine Personalentwicklung in der Justiz des Landes

Mecklenburg-Vorpommern zählen zu den ungelösten Problemen.

Knecht zeigte sich auch unzufrieden über den teilweise sehr nachlässigen Umgang des Ministeriums mit gewerkschaftlichen Anregungen. So seien beispielsweise Vorschläge zur weiteren Digitalisierung erst gar nicht beantwortet worden. Die Justiz-



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, Justizministerin Jacqueline Bernhardt und Staatssekretär Friedrich Straetmanns (von rechts)

ministerin sagte zu, künftig noch enger mit allen Justizverbänden und -gewerkschaften über Attraktivitätssteigerungen und die Zukunft der Justiz im Land zu beraten.

DSTG

Meinungsaustausch mit Finanzpolitikern von Bündnis 90/Die Grünen

Die aktuelle Situation der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern haben Mitglieder des Landesvorstandes der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) am 31. August 2023 mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Harald Terpe, und dem Vorsitzenden des Finanzausschusses der Rostocker Bürgerschaft, Dr. Felix Winter, diskutiert.

Erörtert wurden darüber hinaus Fragen der Nachwuchsgewinnung, die Beförderungssituation

und Besoldungssituation sowie die Dienstpostenbewertung, die Personalbedarfsberechnung

und die Stellenplansituation. Auch das Projekt Grundsteuerreform war Gesprächsgegenstand.

Da alle Themen miteinander verknüpft sind, verlief das sehr angenehme und ausführliche Gespräch nach DSTG-Angaben fließend. Harald Terpe und Felix Winter schenken den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter sehr große

Aufmerksamkeit und stellten ihr Interesse auch mit ergänzenden Fragen unter Beweis. Auch wurde vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben.

„Herr Dr. Terpe ist ein weiteres Mitglied im Finanzausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, mit dem wir ein Gespräch über die Situation der Steuerverwaltung in unserem Land geführt haben. Wir hoffen sehr, dass unsere Informationen Einfluss auf die Arbeit der Parlamentarier im Finanzausschuss und in den Landtagsfraktionen haben werden“, äußerte sich der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne im Anschluss an das Gespräch.



> Dr. Felix Winter, Susanne Wienke, Dr. Harald Terpe und Frank Höhne (von links)

Kein Sägen, kein Hämmern, kein Vermessen oder Wiegen ...

Der Tag der Sachsen 2023

Der Tag der Sachsen in Aue/Bad Schlema verlief 2023 ganz anders als in den letzten 28 Jahren. Ein kleiner, aber feiner Präsentationsstand vom SBB sorgte mit vielen engagierten Gewerkschaftern für gute Laune bei den Besuchern sowie anregende und sachliche Unterhaltung bei unseren Abgeordneten, Politikern und Verwaltungsvertretern.

Mit Vertretern des GDL-Bezirks Mitteldeutschland, der DSTG, des BDF und der SBB Jugend schaffte der SBB es auch an diesem Septemberwochenende, die Themen der Zeit abzudecken. „Unsere Aktion ‚Am Rad drehen‘ kam bei Groß und Klein sehr gut an – so gut, dass wir am Samstagabend bereits komplett ausgeplündert waren“, heißt es in einer SBB-Rückschau. Den Besuchern waren Fragen – je nach „Farbzuweisung“ am Rad – von unseren Fachgewerkschaften gestellt worden. Auf diese Weise gab es viel Wissenswertes über Steuerlasten, Finanzämter, Bahnstrecken, Verkehrsverbünde, Bäume und Sträucher sowie die Arbeit des SBB zu erfahren. Die jüngsten Besucher konnten mit dem Buch „Die kleine Lilli streikt!“ und Buntstiften begeistert werden.

➤ Gute Gespräche ...

Thomas Rüge, Vorsitzender des GDL-Bezirks Mitteldeutschland



➤ Mit dem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer gab es viele Gesprächsthemen.

blickt zurück und resümiert: „Das war für alle eine gelungene Veranstaltung mit vielen guten Gesprächen und wir konnten die Chance nutzen, das Bild der GDL geradezurücken.“ Mara Jundel, stellvertretende Landesvorsitzende der DSTG Sachsen, zieht ihr Fazit zum Tag der Sachsen so: „Wir haben viele interessante Gespräche nicht nur mit Politikern geführt und bli-

cken zufrieden auf zwei anstrengende, aber auch bereichernde Tage zurück.“ Die Förster, vertreten durch den BDF, sind immer mit dabei. Rolf Schlichting, stellvertretender Vorsitzender des BDF Sachsen, stellt fest: „Das Gute, aber auch Anstrengende an diesen Formaten ist der oft sehr schnelle Perspektivwechsel und die Weitergabe der Gesprächspartner

durch die Partnergewerkschaften innerhalb der SBB-Familie.“

➤ ... mit hochrangigen Gesprächspartnern

Der Standplatz am Demokratietviertel sicherte dem SBB Gesprächspartner aus allen Bereichen: Wir sprachen mit unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) über Finanzbedarfe und die generelle Notwendigkeit der Aufgabenkritik, über Versorgung und die Umsetzung der verfassungsgemäßen Besoldung wie auch über Themen aus dem Bereich der Steuer- und Forstverwaltung und des Verkehrs. Besondere Freude bereitete der Besuch unseres stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Chefs der GDL, Claus Weselsky. Er bot unseren Gästen viel Diskussionsstoff ebenso wie auch der stellvertretende Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig (SPD).



➤ Immer gern zu Gast beim SBB zum Tag der Sachsen: der Chef der Staatskanzlei, Oliver Schenk



➤ In konstruktiver Auseinandersetzung: Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig (rechts), und GDL-Chef Claus Weselsky



> Claus Weselsky, Innenminister Armin Schuster und Nannette Seidler (von links)

Weitere Gäste waren: der Präsident des Sächsischen Landtages, Dr. Matthias Röbler (CDU), Finanzminister Hartmut Vorjohann (CDU), der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien sowie Chef der Staatskanzlei, Oliver Schenk (CDU), die Staatsministerin der

Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier (Bündnis 90/Die Grünen), der Staatsminister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt (CDU), der Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz (CDU), der Staatsminister der Finanzen, Hartmut Vorjo-

hann, und Innenminister Armin Schuster (CDU). Auch die Fraktionsvorsitzenden aller demokratischen Parteien zählten zu den Gesprächspartnern an diesen ereignisreichen zwei Tagen.

„Hier in Aue/Bad Schlema durften wir als SBB-Familie

Präsenz zeigen. Wir sind mit der Bevölkerung in Kontakt gekommen, haben unsere Themen präsentiert und diskutiert und gezeigt, dass Gewerkschaftsarbeit auch Spaß machen darf!“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB.



> Ein Teil unseres Teams zum Tag der Sachsen mit dem Bademädchen und Blaufarbenwerker, den Symbolfiguren zum Tag der Sachsen

Fünf Tage Bildungszeit für Sachsen An die Liste, fertig, los!

Der Auftakt beim Unterschriftensammeln war verheißungsvoll. Über 1000 Unterschriften für fünf Tage Bildungszeit haben wir mithilfe unserer Bündnispartner schon beim Tag der Sachsen gesammelt.

Hintergrund der Aktion ist: In 14 von 16 Bundesländern haben Beschäftigte einen Anspruch auf Bildungsurlaub. Sachsen gehört leider nicht dazu. Das wollen wir ändern und haben uns einem breiten Bündnis „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ angeschlossen.

Ziel ist ein verbrieftes Recht auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung und Qualifizierung. Am 25. August 2023 fiel der Startschuss für das Sammeln der notwendigen Unterschriften – für den Volksantrag braucht es mindestens 40000.

„Wir haben uns dem Bündnis angeschlossen, weil der Anspruch auf Bildungszeit seit Langem ein Thema für uns ist,

nicht zuletzt durch diverse Anträge an unseren Gewerkschaftstag manifestiert. Daher

ist es uns ein großes Anliegen, den hier vorliegenden Volksantrag zu unterstützen, denn un-

ser Motto ‚Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen‘ nehmen wir ernst“, hatte Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, auch in Gesprächen beim Tag der Sachsen das Engagement des SBB begründet.

Alle wichtigen Informationen zum Volksantrag, zu den Unterschriftenbüros, den Unterschriftsmöglichkeiten, den Forderungen und den Partnern des Bündnisses stehen beim SBB zur Verfügung.

Auch die Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Volksantrages liegen in der Geschäftsstelle des SBB aus. Die Unterschriften können montags bis donnerstags von 9 bis 15 Uhr geleistet werden.

Macht mit! Es geht um unser aller Bildungszeit.



> Mara Jundel (DSTG) und Nannette Seidler (SBB) am Stand vom SBB zum Tag der Sachsen (von links)

Grundsatzkommission Tarifrecht

Einkommensrunde der Länder – Regionalkonferenzen gestartet

Am 6. September 2023 fand in Leipzig eine Regionalkonferenz des dbb zur Vorbereitung der Einkommensrunde 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt.

Während der Diskussion, an der auch Vertreter des SBB und vieler seiner Mitgliedsgewerkschaften teilnahmen, äußerten die Kolleginnen und Kollegen ihre Erwartungen an die Verhandlungsführer dieser Einkommensrunde.

Eine zentrale Forderung der Beschäftigten – bedingt durch die weiterhin hohe Inflationsrate und den Abstand zum TVöD-Abschluss – ist eine deutliche lineare Steigerung der Einkommen.

Aber auch Fragen der Entgeltordnung und der unterschiedlichen Eingruppierung im TV-L

im Vergleich zum TVöD spielen eine wichtige Rolle.

Generell zeigte sich, dass die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen in dieser Einkommensrunde – zu Recht – hoch sind.

» „Aktionsfähigkeit erhöhen und sichtbar werden“

Um diese Forderungen letztlich auch durchsetzen zu können, braucht es ein starkes und geschlossenes Auftreten. Deshalb stand auch das Thema „Aktionsfähigkeit erhöhen und sichtbar werden“ im Fokus



> Die sächsischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Regionalkonferenz in Leipzig

der Veranstaltung. In dieser Einkommensrunde sind alle gefragt – Angestellte, Beamte und Pensionäre.

Die Regionalkonferenz in Leipzig war eine von sechs Konferenzen, in der eine gemeinsame Forderung der Gewerkschaften für die Einkommensrunde mit

der TdL abgestimmt werden soll. Diese wird am 11. Oktober 2023 im Rahmen einer Sitzung der Bundestarifkommission verbindlich beschlossen. Die Tarifverhandlungen starten dann am 26. Oktober in Berlin und werden am 2./3. November und 7. bis 9. Dezember in Potsdam fortgeführt. ■

Unfallkasse Sachsen – Beginn der 13. Sozialwahlperiode

Mit der ersten, konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung der Unfallkasse Sachsen am 5. Juli 2023 begann die 13. Sozialwahlperiode. Erstmals standen auch Mitglieder des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen zur Wahl.

Die Unfallkasse Sachsen hat ihren Sitz in Meißen und beschäftigte zum 31. Dezember 2022 insgesamt 148 Personen – 114 Frauen und 34 Männer, darunter 13 Schwerbehinderte beziehungsweise den Schwerbehinderten gleichgestellte Beschäftigte.

Nach einstündigen Vorgesprächen der ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Vertreterversammlungen der Arbeitgeberseite und der Versichertenseite begrüßte der Geschäftsführer der UK Sachsen alle Anwesenden zur kons-



> Michael Jung, Manja Kropp, Claudia Ficker (von links)

tituierenden Sitzung zu Beginn der neuen Legislatur.

Nach Abschluss der Sozialwahl 2023 stand bereits fest, dass Claudia Ficker und Michael Jung für den SBB in der Vertreterversammlung als zwei von insgesamt zehn stimmberechtigten Versichertenvertretern sitzen werden. Die Vertreterversammlung ist das höchste Organ der UK Sachsen. Sie besteht aus je zehn Vertretern der Versicher-

ten und der Arbeitgeber und beschließt als Legislativorgan (Gesetzgebungsorgan) die Satzung und sonstiges autonomes Recht der Unfallkasse Sachsen (beispielsweise den Haushalt und die Unfallverhütungsvorschriften). Sie trifft darüber hinaus Entscheidungen in besonders bedeutsamen Verwaltungsaufgaben.

In der konstituierenden Sitzung wurden weitere Gremien

neu besetzt: Für den SBB wird in den nächsten sechs Jahren Manja Kropp als dritte Stellvertreterin des Vorstandes (dort als Vertreterin der Versicherten) fungieren. Michael Jung wurde als Versichertenvertreter in den Finanzausschuss gewählt, Maik Maschke als erster von drei Stellvertretern. Claudia Ficker wurde in den ersten Widerspruchsausschuss als stellvertretendes Mitglied der Versichertenvertreter berufen.

Mit dem Bericht der Geschäftsführung zur vergangenen Legislatur, den Prüfergebnissen der Jahresrechnungen 2021 und 2022 und Vorschlägen zum zukünftigen Beitrag und der mittelfristigen Finanzplanung endete das erste Zusammentreffen der neu gewählten Vertreterversammlung.

*Michael Jung,
Landesvorsitzender des SLV*

SBB Senioren

Studie „Generation 65+ in Sachsen“ vorgestellt

Die Landesseniorenbeauftragte des Freistaates Sachsen, Christiane Schifferdecker, hat gemeinsam mit Dr. Christina Rauh am 7. September 2023 im Gewandhaus Dresden die Studie und das Gutachten Generation 65+ in Sachsen, Lebenslagen und Potenziale, vorgestellt. Auch Rita Müller und Ute Döring vom Vorstand der SBB Senioren waren unter den Gästen der Veranstaltung.

Über eine Million der vier Millionen Sachsen sind 65 Jahre alt oder älter. 2030 wird der Anteil auf über 30 Prozent der Bevölkerung im Freistaat Sachsen wachsen. Bisher fehlte ein Überblick über die Lebenslagen Älterer und ihr Verhältnis zur jüngeren Generation in Sachsen.

Die Studie liefert jetzt eine konkrete Datenlage darüber, wie Seniorinnen und Senioren in Sachsen leben. Sie greift Themen wie Wohnen, Digitalisierung, Gesundheit und Pflege, Einkommen oder politische Teilhabe und Sozialplanung auf und soll Grundlage eines ressortübergreifenden Handlungskonzepts der Staatsregierung werden.

Zu den interessanten Einzelergebnissen zählt unter anderem, dass die meisten Seniorin-

nen und Senioren im Freistaat bis ins hohe Alter in Zweipersonenhaushalten wohnen (62 Prozent).

Zu denken geben muss, dass sich die Armutsgefährdungsquote für über 65-Jährige in

Sachsen mit 14,1 Prozent im Vergleich zum Stand vor 15 Jahren verdoppelt hat. Bei den Männern hat sich der Wert seit 2006 sogar verdreifacht. In ganz besonderem Maße von Armut bedroht sind Frauen, die vor der Wiedervereinigung

geschieden wurden. Die rund 3 000 betroffenen Frauen müssen schätzungsweise Renteneinbußen von 100 Euro bis 400 Euro monatlich hinnehmen. Für die bei der Rentenüberleitung vergessenen 17 Berufs- und Personengruppen haben sich die SBB Senioren in ihrer Tätigkeit aktiv eingesetzt. Dafür ist kein politisches Gehör vorhanden. Die Ausgestaltung des Härtefallfonds ist nicht akzeptabel.

Bei der anschließenden Diskussion haben die SBB Senioren darauf hingewiesen, dass ein Seniorenmitbestimmungsgesetz in Sachsen überfällig ist. Unter anderem wäre damit eine belastbare Grundlage für die Tätigkeit der Seniorenbeauftragten des Freistaates Sachsen vorhanden. Darüber hinaus müsse auch für Senioren Weiterbildung steuerlich absetzbar sein. Die Nichtberücksichtigung stelle eine Altersdiskriminierung dar.

Mit der Veranstaltung hat die Seniorenbeauftragte des Freistaates wichtige Impulse gesetzt. Die SBB Senioren hoffen auf eine Fortsetzung. ■



> Rita Müller, Landeseniorenbeauftragte Christiane Schifferdecker, Ute Döring (von links)

Regionalkonferenz in Leipzig

Aufruf zur gewerkschaftlichen Geschlossenheit!

Im Oktober beginnen die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Berlin. Im Vorfeld hat der dbb in Regionalkonferenzen mit den Mitgliedsgewerkschaften seine konkreten Ziele in der Einkommensrunde sowie die Wege zu ihrer Durchsetzung diskutiert.

Für die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fand am 6. September 2023 eine Regionalkonferenz in Leipzig statt, bei der die Erwartungshaltung und Durchsetzungskraft der dbb Mitgliedsgewerkschaften und Landesverbände koordiniert werden sollten. „Wichtig ist, dass alle – der verhandlungsführende dbb in Berlin, die betroffenen Fachgewerkschaften, die Landesbünde und auch die Querschnittsorganisationen – gemeinsam vorgehen“, erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Tarifchef des dbb, Volker Geyer.

Den Arbeitgebern schrieb Geyer ins Stammbuch: „Wenn wir in gut einem Monat in Berlin unsere Forderung zur Einkommensrunde mit den Ländern beschließen, wird das kein unrealistischer Wunschzettel,



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt an der Regionalkonferenz in Leipzig am 6. September 2023

aber auch kein bescheidener Bittbrief sein. Der öffentliche Dienst ist der Stabilitätsanker

des Landes. Aber die Sparpolitik der letzten Jahre stellt die Leistungsfähigkeit auch des

Landesdienstes mittlerweile ernsthaft infrage. Die Länder stehen also in der Pflicht.“



> Iris Herfurth, erste Stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt: „Wir müssen alle an einem Strang ziehen.“

Die derzeitige Situation des öffentlichen Dienstes sei nicht mehr tragbar. Der öffentliche Dienst arbeite praktisch seit Jahren im Krisenmodus. Lange bekannte Probleme, wie die schwierige Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung und die mangelnde Digitalisierung, verschärften die Lage zusätzlich. „In wesentlichen Bereichen der Daseinsfürsorge, wie etwa bei Bildung, Sicherheit und Infrastruktur, sind die Defizite mittlerweile unübersehbar, nicht nur bei den Beschäftigten, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern“, betonte Geyer. Iris Herfurth, erste stellvertretende Vorsitzen-

de des dbb sachsen-anhalt und Vorsitzende der Steuer-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt, informierte über die Situation im Beamtenbereich, insbesondere in Sachsen-Anhalt. An die Beamten richtete sie den Appell, in der Einkommensrunde gemeinsam zu handeln: „Wenn wir in der Einkommensrunde erfolgreich sein wollen, müssen alle, auch statusübergreifend, an einem Strang ziehen. In diesem Sinne

geht von der heutigen Regionalkonferenz ein beeindruckendes Zeichen aus“, so Herfurth wörtlich.

Die endgültigen Einkommensforderungen des dbb werden am 12. Oktober 2023 in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden mit den Arbeitgebern angesetzt, und zwar am 26. Oktober, am 2. und 3. November sowie vom 7. bis 9. Dezember 2023. ■



© Friedhelm Windmüller (3)

> Jan Bannert, Referent für Arbeits- und Tarifrecht der komba sachsen-anhalt: „Präsent sein, ist das Stichwort.“

Seminar der DVG Sachsen-Anhalt in Stangerode

Kommunikation – ein wichtiges Werkzeug

„Kommunikation“ lautete das Thema des diesjährigen Seminars der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt vom 22. bis 24. Juni 2023 in Stangerode. Die Leitung der Veranstaltung hatte der Vorsitzende der DVG Sachsen-Anhalt und Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Ulrich Stock, übernommen.

„Ich werde oft gefragt, was man als Personalrat oder Funktionsträger in einer Gewerkschaft können muss. Meine Antwort: zuhören und reden. Daher meine Überlegung, das Thema ‚Kommunikation‘ aufzugreifen“, hatte Stock die Wahl des Seminarprogramms erläutert.

Für das insgesamt perfekt vorbereitete Seminar hatte die dbb akademie eine bei der DVG Sachsen-Anhalt zuvor noch unbekannte Dozentin gewonnen, die sogar aus Sachsen-Anhalt kam. Zunächst war allerdings die Spannung sehr hoch, denn der Einsatz einer neuen Dozentin ist immer mit einem Risiko verbunden: Wird sie zur Gruppe passen? Kann sie sich unter der gewerkschaftlichen Tätigkeit der DVG etwas vorstellen? Bringt sie genau die Inhalte, die gebraucht werden? Alle diese Fragen konnten in Stangerode ohne Einschränkung bejaht werden:

Manuela Lott war eine der besten Dozentinnen der letzten Jahre.

Lott begann ihr Programm mit einer kurzen Einführung in die Grundlagen der Rhetorik – aber nicht etwa in Form eines trockenen Vortrags, sondern im Rahmen eines Gruppenspaziergangs. Es folgten Themen wie Überzeugungstechniken, Umgang mit schwierigen Personen und der Erwerb größerer Schlagfertigkeit. Natürlich konnte nicht alles tiefgreifend behandelt werden, sodass die Teilnehmenden sich schnell einig waren: Davon wollen wir mehr!

Gegen Ende des Seminars war Manuela Lott auch derart vertraut mit den Anliegen, Positionen und Forderungen der DVG Sachsen-Anhalt, dass noch zusätzlich ein kurzer Workshop über interne und externe Kommunikationsstrategien der DVG stattfand. Für die exzel-

lente Dozentin gab es am Ende der Veranstaltung nur Bestnoten von den Teilnehmern. Deshalb sei an dieser Stelle auch ein wenig Werbung erlaubt:

Wer eine Ansprechpartnerin für Kommunikation, Teambildung oder Training sucht, wird schnell fündig unter www.manuelalott.de. ▶



> Ulrich Stock mit Dozentin Manuela Lott. Stock: „Die dbb akademie hat eine exzellente Dozentin zur Verfügung gestellt.“



Auch DVG-Landeschef Ulrich Stock zog eine ausgesprochen positive Bilanz: „Als Seminarleiter habe ich aktiv mitgemacht und eine Menge ge-



lernt. Das Tagungshotel war wie immer sehr gut. Mir gefällt dabei die Lage, da der Handyempfang fast nicht vorhanden

ist. Seminare ohne ständiges Handyklingeln sind echt ein Segen.“

© DVG Sachsen-Anhalt

Verband Bildung und Erziehung

Lehrer als Opfer: Gewalt an Schulen wächst

Gewalt gegen Lehrkräfte ist ein immer größeres Problem an den Schulen. Betroffene aus Sachsen-Anhalt berichten von täglichen Beleidigungen, Mobbing und zunehmender Respektlosigkeit.

Aber auch körperlich werden Lehrkräfte angegriffen. „Das Bildungsministerium als Arbeitgeber hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den Pädagogen. Und auch das Landesschulamt muss in jedem Fall mit unterstützenden Maßnahmen an der Seite der betroffenen Kollegen stehen“, fordert Torsten Wahl, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt.

■ Dunkelziffer liegt höher

Zahlen des Innenministeriums Sachsen-Anhalt belegen, dass

registrierte Straftaten an Lehrkräften um fast 40 Prozent zugenommen haben. 2022 waren es insgesamt 104 Straftaten, davon 43 Körperverletzungen und 45 Bedrohungen. Zum Vergleich: 2021 waren noch 64 Straftaten registriert worden. „Das sind alarmierende Zahlen und jede Straftat ist eine zu viel. Außerdem kann man davon ausgehen, dass die Dunkelziffer bei Weitem höher liegt“, betonte Wahl. Manche Lehrkräfte hätten mittlerweile Angst, fühlten sich hilflos und oft auch alleingelassen.

■ Repräsentative Umfrage

Der verhängnisvolle Trend zu immer mehr Gewalt an den Schulen ist bundesweit zu beobachten: Nach einer repräsentativen Umfrage des VBE berichteten 32 Prozent von 1 308 befragten Schulleitern über körperliche Angriffe gegen Lehrer an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren. 2018 waren es noch 26 Prozent. Öffentlich sprechen will darüber aber kaum jemand. „Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabuthema mehr sein. Die Lehrkraft muss ebenso wie die



> Torsten Wahl, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

Schulleitung die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten“, hält Wahl dem Schweigen entgegen.

© M. Urban/VBE Sachsen-Anhalt

■ Realität sieht anders aus

Die Realität sieht aber anders aus: Lehrerinnen und Lehrer, die den Mut hatten, die Missstände anzusprechen, mussten ernüchert feststellen, dass sie alleingelassen wurden. Das Schulamt winkte ab und schob die Verantwortung auf das Bildungsministerium

und dies wiederum zeigt auf die Politik. „Das Karussell dreht sich im Kreis, das ganze System funktioniert nicht“, kritisiert Wahl.

■ Perspektivlosigkeit

Der VBE-Landesvorsitzende ist sich sicher, dass die Situation an den Schulen die Probleme

der gesamten Gesellschaft widerspiegelt. So gebe es immer mehr Schüler, die im sozialen Abseits stehen und keine Perspektive für sich erkennen können. Das äußere sich dann in aggressivem Benehmen gegenüber den Lehrern. Verschärft würden die Konfliktsituationen häufig noch durch die Überlastung der Lehrkräfte

aufgrund des akuten Lehrermangels.

„In Zeiten, in denen Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt dringend gesucht werden, können die an den Schulen herrschenden Zustände abschreckend wirken. Vor allem auch auf Seiteneinsteiger“, warnte Wahl.

Verband Bildung und Erziehung

„Weltenretter-Stipendium“ setzt richtiges Zeichen

Das Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt hat am 22. Mai 2023 die ersten 25 „Weltenretter-Stipendien“ vergeben. Von Januar bis 24. Februar 2023 konnten sich Lehramtsstudierende für das Stipendium bewerben. Mehr als 80 Bewerbungen sind eingegangen.

Das Weltenretter-Stipendium ist eine Maßnahme, die das Lehramtsstudium aufwerten, den Beruf der Lehrkraft attraktiver gestalten und langfristig eine bessere Unterrichtsversorgung an Schulen – vorwiegend im ländlichen Raum – in Sachsen-Anhalt gewährleisten soll. Hauptsächlich richtet sich das Stipendium an Studierende im Studiengang Lehramt für Sekundarschulen, da gerade diese Schulform in Sachsen-Anhalt der Unterstützung bedarf. Aber auch Lehramtsstudierende für Grundschulen, Förder-

schulen, Gymnasien oder berufsbildende Schulen kommen in Betracht, wenn sie mindestens ein Fach mit zusätzlichem Einstellungsbedarf studieren.

„Endlich wird etwas Richtiges und Wichtiges zur Gewinnung von Lehrernachwuchs getan. Das Land konzentriert sich auf die Schulformen, die es dringend nötig haben. Und zugleich wird den Studierenden eine frühzeitige Perspektive gegeben, wie es in den praktischen Teilen und im Vorbereitungsdienst weitergehen wird“, kom-

mentiert Torsten Wahl, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt, die Vergabe.

■ Werbe- und Wiederkehrangebot

Und die Bildungsministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Eva Feußner, betonte bei der Vergabe der Stipendien: „Mit dem Weltenretter-Stipendium haben wir uns gezielt auf unsere Heimat konzentriert und ein Sachsen-Anhalt-Programm auf den Weg gebracht. Damit be-

absichtigen wir, die Regionen außerhalb der Oberzentren im Land und insbesondere die Sekundarschulen zu stärken. Zudem ist es uns gelungen, ein Werbe- und Wiederkehrangebot für Sachsen-Anhalt, zu initiieren. Ich freue mich, dafür heute den Startschuss geben zu können.“

■ Lehrer verpflichtet

Lehramtsstudierende sollen durch die Stipendien frühzeitig für eine spätere Tätigkeit als Lehrkraft in Sachsen-Anhalt begeistert werden. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten verpflichten sich, später in Regionen zu arbeiten, deren Unterrichtsversorgung nicht ausreichend ist und die aufgrund ihrer Lage bei der Gewinnung von neuem Lehrpersonal benachteiligt sind. Dafür erhalten die Stipendiaten für die Dauer der Regelstudienzeit 600 Euro monatlich. Voraussetzungen sind, dass sie an einer Hochschule in einem Lehramtsstudium für allgemeinbildende Schulen immatrikuliert sind beziehungsweise einen Nachweis über die Aufnahme des Studiums vorlegen können und an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren.



> Eva Feußner, Ministerin für Bildung in Sachsen-Anhalt

Torsten Wahl

Landesvorsitzender des Thüringer Beamtenbundes zu Gast beim Bundespräsidenten

Der ehrenamtlich arbeitende Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb), Frank Schönborn, wurde wegen seines großen gesellschaftlichen Engagements von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 8. September 2023 zum Bürgerfest ins Schloss Bellevue in Berlin eingeladen.

Mit derartigen persönlichen Einladungen würdigt Steinmeier besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern, die ihr Ehrenamt in herausragender Weise mit Leben erfüllen und sich für andere Menschen einsetzen. Auf Frank Schönborn treffen diese Kriterien in vielfacher Hinsicht zu: Seit Juli 2020 ist er Landesvorsitzender des tbb und seit 2008 Vorsitzender der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB) im dbb. Für den tbb war er federführend an der Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) betei-



> Frank Schönborn (Landesvorsitzender tbb) (links) und Thomas de Maizière (Verteidigungsminister a. D.)

Geoinformation (TLBG). Trotz des damit verbundenen enormen zeitlichen Aufwands empfindet Schönborn sein Ehrenamt als große Bereicherung. Nichtsdestoweniger plädiert er dafür, dass das Ehrenamt im Freistaat Thüringen besser gewürdigt, gefördert und steuerlich anerkannt wird. Vor allem gelte es, das Ehrenamt und seine Bedeutung in die Landesverfassung zu verankern. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die in ihrer Freizeit ein Ehrenamt bei der freiwilligen Feuerwehr, beim Katastrophenschutz, in Vereinen, in der Kultur, im Sport und so weiter ausüben, sei mehr Wertschätzung geboten. Dies könne unter anderem durch weitere Sonderurlaubstatbestände für notwendige Weiterbildungen, Anerkennung der geleisteten Zeiten im Ehrenamt und Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Ehrenamt bei der Personalentwicklung sein. Die Einladung des Bundespräsidenten empfand Schönborn als außerordentlich wertschätzend. „Es ist immer schön, wenn man auch nur einen kleinen Teil von dem, was man gibt, zurückbekommt.“



> Frank Schönborn (Landesvorsitzender tbb) (links) und Bodo Ramelow (Ministerpräsident Thüringen)

ligt. Schwerpunkte von Frank Schönborns gewerkschaftlicher Tätigkeit sind die zeitgemäße Entwicklung des Beamtentums, die Stärkung der Ausbildung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Der tbb Vorsitzende ist für seine ehrenamtliche Tätigkeit nicht freigestellt, sondern arbeitet seit 1996 hauptberuflich als Vermessungsingenieur im Landesamt für Bodenmanagement und



> Am 18. November 2023 | 11 bis 14 Uhr in Erfurt

Wir löffeln gemeinsam die Suppe aus

Schleppende Digitalisierung, ein zunehmender Fachkräftemangel und die Herausforderungen des demografischen Wandels:

Diese und zahlreiche weitere Probleme im öffentlichen Dienst sind für uns nicht neu, sondern beschäftigen uns als Verbände und Gewerkschaften schon seit Jahren. Teilweise über Jahrzehnte wurden der Staat und die Verwaltung zusammengespart.

Der Staat funktioniert jedoch nicht ohne Menschen – ohne UNS –, denn diese Menschen sind WIR, die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes bei Bund, Land und Kommunen.

> WIR MACHEN STAAT! Jederzeit. Rund um die Uhr. Auch in Krisen.

> WIR sind diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen.

> WIR sind diejenigen, die die jahrelange Sparpolitik im öffentlichen Dienst aushalten.

> WIR sind diejenigen, die einen funktionierenden Staat aufrecht erhalten.

Aber:

> UNS fehlt es an allem.

> UNS fehlt es an Kolleginnen und Kollegen, die die wachsenden Herausforderungen schultern.

> UNS fehlt es an modernen Arbeitsbedingungen, die unsere Arbeit erleichtern.

UNS fehlt es nicht nur an MEHR Schultern, auf die das MEHR an zusätzlicher Arbeit, die durch MEHR an Gesetzen uns auferlegt wurde, verteilt werden kann. UNS fehlt es nicht nur an MEHR Erleichterungen, die durch mehr Digitalisierung kämen. Uns fehlt es am MEHR!

WIR sind MEHR wert!

Und WIR sind VIELE.

Lasst UNS daher zusammenrücken und für bessere Bedingungen aktiv werden.

Deshalb wird der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften am

18. November 2023 in der Zeit von 11 bis 14 Uhr

auf die Straße gehen, Flagge zeigen und vom Landtag zur Staatskanzlei laufen.

Eine symbolische Suppe, die wir schon seit Jahren auslöffeln müssen, wird an alle Teilnehmer ausgegeben. Lasst uns ins Gespräch kommen und das WIR voranbringen. Du bist herzlich eingeladen! Komm vorbei!

#gemeinsammehrerreichen

#Wertschätzungjetzt

#öffentlicherDienst

#Demokratie

#heißeSuppestattleereWorte



**Heiße Suppe ...
statt leerer Worte!**

**Mehr Wertschätzung für
den öffentlichen Dienst**

Spitzengespräch mit Thüringer Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei

Ein konstruktives und offenes Gespräch hat der Thüringer Beamtenbund (tbb) am 11. September 2023 mit dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und dem Minister und Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, und dessen Zentralabteilungsleiter Johannes Blasius geführt.

Vom tbb nahmen neben dem Landesvorsitzenden Frank Schönborn die stellvertretenden Landesvorsitzenden Nicole Siebert, Andreas Schiene sowie Landesschatzmeister Uwe Köhler und die Landesjugendvorsitzende Saskia Grimm an dem Meinungsaustausch teil. Im Zusammenhang mit der aktuellen Einkommensrunde zum TV-L 2023 sprach sich Ministerpräsident Bodo Ramelow für einen Tarifvertrag Bund-Länder-Kommunen und damit für Tarifeinheit (Gleichklang) im öffentlichen Dienst aus.

Um den öffentlichen Dienst als Stabilitätsanker des Landes trotz Fachkräftemangel zu sichern, führte Ramelow weiter aus, bedürfe es einer „Attraktivitätsoffensive“ für den öffentlichen Dienst. Deshalb werde derzeit das Personalentwicklungskonzept (PEK) 2035 erarbeitet. Der tbb hat dazu bereits eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, hinsichtlich der Fertigstellung, Umsetzung und Belegung des PEK 2035 müssten sich aber die verantwortlichen Zentralabteilungsleiter (ZAL) der Thüringer



> Spitzengespräch mit Thüringer Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei: Andreas Schiene (tbb), Frank Schönborn (tbb), Bodo Ramelow (Ministerpräsident Thüringen), Saskia Grimm (dbb Jugend thüringen), Nicole Siebert (tbb), Uwe Köhler (tbb) (von links)

Ministerien, die Arbeitsgemeinschaft Hauptpersonalräte (ARGE HPR) und die Spitzengewerkschaften (tbb und DGB) nochmals an einen Tisch setzen, um Modernisierung, Qualifizierung und Zukunfts-

ausrichtung verbindlich zu vereinbaren. Nicht weiter erörtert wurde bei dem Spitzengespräch das Dauerthema „amtsangemessene Alimentation“, weil die bei Gericht anhängigen Musterklagen immer noch

nicht entschieden sind. Im weiteren Gesprächsverlauf kritisierte die Landesjugendvorsitzende, dass die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung bislang von den Anwärtern aus eigener Tasche zu zahlen sind.

Hier sollte die Landesregierung zur Kostenübernahme bereit sein. Der Chef der Staatskanzlei nahm die Tatsache mit Erstaunen auf und willigte ein, am nächsten Jugendstammtisch teilzunehmen. ■

dbb Regionalkonferenz am 6. September 2023 in Leipzig

Thüringer Beschäftigte im öffentlichen Dienst aufgepasst!

Am 11. Oktober 2023 findet die Forderungsfindung des dbb zur Einkommensrunde TV-L 2023 statt. Bereits im Vorfeld bewegen die Tarifverhandlungen die Gemüter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen. Denn eines ist klar. Es wird nicht leicht, insbesondere weil das weitere Auseinanderdriften von TVöD und TV-L verhindert werden muss.

Im Leipzig trafen sich Multiplikatoren aus Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 6. September 2023 zum Warm-up und diskutierten ihre Forderungsvorschläge. Dabei verdeutlichten die Kolleginnen und Kollegen dem stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und dbb Tarifchef Volker Geyer mit Vehemenz, was ihre Fachgewerkschaften in der Einkommens-

runde TV-L 2023 erwarten. An dieser Stelle sei nochmals betont: Es ist weder eine Selbstverständlichkeit noch ein Automatismus, mehr Geld zu erhalten. Alle Tarifbeschäftigten, Beamten und Versorgungsempfänger sollten sich deshalb fragen, wie sie sich in die bevorstehende Tarifrunde der Länder einbringen können. ■



> Der Vertreter des Thüringer Philologenverbandes (TPhV) Heiko Krüger (rechts) im Gespräch mit Volker Geyer (dbb, stellvertretender Bundesvorsitzender – Fachvorstand Tarifpolitik) (zweiter von rechts)



> Die Multiplikatoren der Regionalkonferenz Ost am 6. September 2023 in Leipzig.

© Friedhelm Windmüller (2)



tbb seniorenvertretung

Seniorensseminar „Umgang mit sozialen Netzwerken“

Die Seniorenvertretung des tbb hat ihre Seminarreihe zur besseren Information der Senioren über aktuelle Alltagsthemen im September 2023 in Gotha fortgesetzt. Auf dem Programm stand der „Umgang mit sozialen Medien“.

Kim Lara Schröter von der dbb akademie zeigte nicht nur die Funktionsweise gängiger Plattformen und Möglichkeiten ihrer Nutzung auf, sondern verwies auch auf Fallstricke, die es dabei zu beachten gilt.

Bei den Seminarteilnehmern stieß sie damit auf lebhaftes Interesse. Denn nicht alle kennen Facebook und Instagram oder nutzen Twitter, LinkedIn, YouTube, Pinterest oder TikTok. Den wenigsten ist geläufig, was im Social Web eigentlich passiert.

Der Referentin ist es gelungen, dieses komplexe Thema so aufzubereiten, dass Vorteile und Chancen, Nachteile und Risiken, aber auch die Anwendungsmöglichkeiten für jeden erkennbar wurden.

Das Seminar war für alle Teilnehmer ein voller Erfolg, weil jeder Teilnehmer schlussendlich in die Lage versetzt wurde, eine sinnvolle Entscheidung über Art und Umfang der Nutzung sozialer Medien zu treffen.

Regina Biertümpfel



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars in Gotha

dbb jugend thüringen

Seminar Gewalt- erfahrung am Arbeitsplatz

Immer öfter sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verbalen oder auch tätlichen Angriffen ausgesetzt. Um darüber aufzuklären, hat die dbb jugend thüringen am 15. September 2023 ein Seminar „Gewalterfahrung am Arbeitsplatz“ durchgeführt.

Aus eigener Erfahrung als Polizist im Streifendienst konnte Referent Daniel Jungwirth bei der Veranstaltung nicht nur die Häufigkeit derartiger Angriffe bestätigen, sondern auch präventive Maßnahmen und Maßnahmen zur Eigensicherung erklären und aufzeigen.

Nach Feststellung der dbb jugend thüringen findet das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in der Politik zu wenig Aufmerksam-



© dbb jugend thüringen

keit. Gleichartige Seminare sollen deshalb regelmäßig angeboten werden, um junge Beschäftigte auf mögliche Gefährdungssituationen vorzubereiten.

> dbb jugend thüringen

Zu Besuch am Bildungszentrum Gotha

Am 18. August 2023 konnte die dbb jugend thüringen zahlreiche neue Anwärter und Anwärterinnen des mittleren nichttechnischen Dienstes im Bildungszentrum Gotha begrüßen.

Viele interessante Gespräche wurden geführt, kleine Give-aways verteilt und den jungen Menschen ein guter Start in ihren neuen spannenden Lebensabschnitt gewünscht.



© dbb jugend thüringen

